

Autonome Pöstler Gewerkschaft

Jahresrapport 2006

SAP-APG : Jahr 2

Wir haben unser zweites Existenzjahr überlebt. Wir sind sogar gewachsen, denn wir haben unsere Mitgliederzahl verdoppelt. Aber die Barriere die sich vor uns erhebt zwingt uns eine noch grössere Anzahl Mitglieder zu erreichen. Dies wäre die Bedingung für unser Überleben 2007. Ohne eine reelle Vertretung wird uns die Post als belanglos betrachten.

Der Weg den wir eingeschlagen haben, den der gewerkschaftlichen und politische Autonomie, ist nicht der einfachste. Wir bekommen es regelmässig zu spüren. Bei den politischen Parteien die eigentlich auf der Seite der Arbeiter sind, und den grossen Gewerkschaftszentralen, stossen wir auf taube Ohren. Sie machen uns unsere Wahl teuer zu stehen. Von ihrer Seite ist keine Hilfe zu erwarten. Die Zukunft wird zeigen ob unsere Wahl die richtige war.

Auf der Seite der guten Nachrichten 2006 haben wir die Schaffung des "logo". Wir danken Herrn Didier Bérard herzlich für diese Arbeit und das kostenlose Urheberrecht. Wir können auch die "Geburt" unserer Internet Seite www.sap-ch.org feiern.

Postpolitik

Im Jahre 2006 haben wir zwischen Gemeindeverbänden mit Postagenturen und den Mitgliedern der Transportkommission und Fernmeldungen des Nationalrates vermittelt. Unser Ziel ist es, die Motion von Nationalrat Germanier, die einen Ausgleichsfond zur Finanzierung eines Postnetzes von Qualität vorsieht, vom Parlament zu akzeptieren. Diese Motion hat schon die Unterstützung des NAG PV der Gewerkschaft Kommunikation und desselben Verbandes.

Das Projekt des Postgesetzes und der Organisation der Post wird 2007 zur Beratung vorgelegt. Das Departement Energie-und Telekommunikation DETEC hat uns schon zugesichert uns auf die Beratungsliste zu setzen.

Wir werden speziell auf die Absichten der Post achten den Zahlungsverkehr von Universaldienst auszuschmeissen, was ihnen erlauben würde diesen Dienst in der Mehrheit der Poststellen und Agenturen nicht mehr anzubieten und das Personal unter Obligationenrecht zu stellen. Das nimmt ihnen den verbleibenden Schutz des Gesetzes des Bundespersonals (Lpers) weg.

Wir sind auch in Verhandlung für die Schaffung einer Einrichtung um den Verkauf und die Verschleuderung der Immobilien der früheren Bundes-Regien zu verhindern. Aber das ist ein Thema das politisch wenig reizt und wir haben Mühe Partner zu finden.

Postauto

Im Jahre 2006 haben wir unseren Kampf gegen die Ausgliederung und die Privatisierung von Postauto fortgesetzt. Im Juni haben wir mit 20 Mitunterzeichnenden Wagenführern einen Rekurs gegen diese Ausgliederung bei der eidg. Rekurskommission hinterlegt. Damit haben wir ein heisses Eisen angefasst. Nach 6 Monaten hat sie noch nichts entschieden und sie scheint die heisse Kartoffel ans eidg. Verwaltungsgericht abzuschieben, das sie ab Januar 2007 ersetzen wird.

Sogar das Bundesgericht, das wir um aufschiebende Wirkung bitten, scheint in dieser Frage überfordert zu sein.

Die Tatsache dass die zwei anderen Gewerkschaften ohne Widerstand alles akzeptierten hat uns die Aufgabe nicht leicht gemacht. Das Postautoperpersonal, das 2007 ein Prozent weniger Lohnerhöhung als die anderen Postangestellten erhält, wird es ihnen verdanken.

Poststellen und Verkauf

Der Sektor Poststellen und Verkauf mit seinen zahlreichen Reformplänen hat uns sehr beschäftigt.

1) Ymago: Was vorhersehbar war kam: Gegen 1600 Poststellen werden zu Filialen degradiert, mit Lohnreduktion bis zu 1500.- pro Monat. Entgegen der Gewerkschaft Kommunikation, die die Umsetzung von Ymago ohne Abbau fordert (Flugblatt vom November 2006), und Transfair, die die Umwandlung des Poststellennetzes als unvermeidlich schätzt, (Personal Transfair von 16.11.2006) lehnt die SAP-APG das Projekt als solches ab. Wir widersetzen uns der Beerdigung des Berufes des Posthalters. Selbst wenn die Post für eine Beerdigung erster Klasse mit einem grosszügigen Sozialplan aufwartet. Die SAP-APG hat die Kontakte mit den Politiken vermehrt um die Front der Ablehnung zu verstärken. Wir haben uns mit mehreren nationalen und kantonalen Parlamentariern aller Parteien getroffen, ebenso mit dem Walliser Staatsrat. Wir sind ebenfalls in Kontakt mit mehreren Gewerkschaften, die mit Ausnahme von Kommunikation und Transfair, alle eine Zusammenarbeit angenommen haben. Die zwei erwähnten Gewerkschaften ignorieren uns weiterhin, denn das Spiegelbild das wir ihnen zurückgeben ist wenig schmeichelhaft.

Wir denken, dass die Post schlussendlich eine Übereinstimmung mit seinen bevorzugten Partnern finden wird und uns Ymago so zum Verdauen aufbrummt. Die Post versteht sich so gut mit seinen Partnern, dass sie eine Fernsehdebatte mit unserem Präsidenten Olivier Cottagnoud verweigerte, mit dem Vorwand keine anerkannte Gewerkschaft zu repräsentieren. Macht unser Präsident der Post so Angst oder sind die anerkannten Gewerkschaften so gefällig und nett ?

2) NEK 312: Die Post hat ihr Projekt, im Wissen dieses auf eine andere Art (Ymago) zu realisieren, zurückgezogen. Wir glauben, dass unser Rekurs an die paritätische Kommission mit schockierenden Argumenten die geringe Chance eines Erfolges aufgezeigt hat.

3) Deckungsbeitrag: Diese Führungsart hat ihre Grenzen aufgezeigt. Sie genügt der Post nicht mehr um Druck auf die Poststellenleiter auszuüben und den Bestand zu vermindern. Die Post hat mit grossem Aufwand neue Modelle von Berechnungen und vergleichbaren Instrumenten entwickelt, gedacht als Führungshilfe, aber von seiner Urbedeutung abgelenkt.

Postfinance

Postfinance führt seit mehreren Jahren eine feindselige Politik im Poststellennetz. Ihre Strategie lautet: Druck für eine immer grössere Selbständigkeit gegenüber anderer Geschäftsbereiche, speziell Poststellen und Verkauf. Unzufrieden den Poststellen eine grosse Anzahl ihrer neuen Produkte zu entziehen(es bleibt ihnen nur mehr die demotivierende Rolle der Übermittler) nimmt sie ihnen ohne Bedenken die besten Kunden und wesentliches Einkommen weg. Diese

Politik hat ihren Sinn nur in der zugegebenen Optik der Privatisierung und der Gründung der Postbank. Aus diesem Grund wehrt sich die SAP-APG gegen die Gründung der Postbank und seiner Umwandlung in eine AG, im Gegenteil der anderen Gewerkschaften, die für eine Postfinance AG sind. Letztlich hat aber der Wind für eine Postbank gekehrt, denn BR Leuenberger selbst glaubt nicht mehr daran. Es gibt nur mehr die Leichtgläubigen die meinen dass die Postbank das Poststellennetz und den Universaldienst finanzieren werde. Diese Option wurde vom Postdirektor schon lange abgeblasen. Die Undurchsichtigkeit des Rabattes für das Personal bei den dynamischen Hypotheken zwingt uns weiterhin zu interpellieren: Die Argumente von Postfinance sind alles andere als glaubwürdig. Dieses Fehlen von Transparenz bestärkt unser Vertrauen nicht.

Zustellpersonal

Das Zustellpersonal kennt seit mehreren Jahren eine Entwürdigung ihrer Arbeitsbedingungen. Die Direktion sucht intensiv eine Verunsicherung und eine Nachgiebigkeit der Arbeit des Briefträgers. Nach der Einführung der Abwechslung unter dem Personal (Tournée-Wechsel) zum Nachteil des Briefträgers und dessen Beziehungen und Kenntnissen die sie mit ihren Kunden hatten, und der Anstellung von zahlreichen ungelerten, wenig bezahlten Aushilfen zum Ersetzen des Briefträgers, wird die Post das Projekt Move-it einführen: Inbegriff der Nachgiebigkeit der Arbeit. Im Klartext: die Briefträger und Aushilfen werden erst am Vorabend wissen, gemäss Vorhersehung, ob sie am folgenden Tag arbeiten oder nur einige Stunden oder sogar zu Hause bleiben. Move-it ist von den Partner-Gewerkschaften und der Post angenommen worden. Das Personal wird sich selbst überlassen. Im Bereich des Aushilfepersonals zeigt sich die Post am härtesten. Wir haben mehrmals intervenieren müssen um die Rechte des Personals zu verteidigen. Zum Beispiel bei einem Zentrum, das ohne jegliche Instruktionen von einer Aushilfe im Zustelldienst verlangte einen gestohlenen Wagen zu bezahlen. Unsere Intervention war von Erfolg gekrönt. Die Schliessung der Verteilzentren (Projekt REMA) gibt gewisse „Chefs“ auch die Versuchung sich eines Mitarbeiters zu entledigen bevor er einen Sozialplan benützen kann.

Pensionskasse

Die Post und ihre zwei offiziellen anerkannten Partner haben eine gemeinsame Kampagne geführt um dem Personal beiläufig den Primatwechsel vom Leistungsprimat zum Beitragsprimat zum Verschlingen zu geben. Es war rührend anzusehen wie ihre Vertreter vereint die Vorteile dieses Wechsels beklatschten. Wechsel der alle zukünftigen Risiken von den Verbündeten trägt. Dass dieser Wechsel ohne Befragung an Hand einer generellen Abstimmung vorgenommen wurde bestürzt uns. Gegenwärtig analysieren wir die Legalität dieser Sachlage.

Gewerkschaftliche Anerkennung

Die Post legt uns weiterhin Steine in den Weg um unsere Ausdehnung zu verhindern. So wird jedes Mailing an die Poststellen systematisch von der Post widerlegt und sie wiederholt dass wir keine anerkannter Partner sind. Dieses Fehlen der Anerkennung hat auch seine guten Seiten. So sind wir an keine Vereinbarungen und keine Abkommen gebunden. Die Anerkennung geht mit kleinen Schritten voran. Die Post erlaubt uns die Anschlagbretter des Personals zu benützen. Diese sagen ausserdem mit Übereinstimmung mit der Post, die SAP-APG sei keine Gewerkschaft. (Mailing der Gewerkschaft Kommunikation 06)